



HESSISCHER LANDTAG

09. 11. 2007

Kleine Anfrage

des Abg. Schäfer-Gümbel (SPD) vom 12.07.2007

**betreffend Ausbildungssituation von Migrantinnen und
Migranten in Hessen**

und

Antwort

der Sozialministerin

Vorbemerkung des Fragestellers:

Laut Berufsbildungsbericht 2006 haben immer weniger junge Migrantinnen und Migranten in den vergangenen zehn Jahren eine Berufsausbildung absolviert. Nur noch ca. 25 v.H. der 18- bis 21-jährigen Migranten absolvieren eine Ausbildung in Gegensatz zu 59 v.H. der jungen Deutschen. 37 v.H. der 20- bis 30-jährigen Ausländer haben keine abgeschlossene Ausbildung, während nur 11 v.H. der gleichaltrigen Deutschen keinen Ausbildungsabschluss haben. Außerdem würden Bewerbungen von Migranten von den Arbeitgebern häufiger abgelehnt als jene von deutschen Bewerbern.

Vorbemerkung der Sozialministerin:

Nach Auffassung der Landesregierung ist die Berufsausbildung als Vorstufe zu qualifizierter Erwerbstätigkeit von zentraler Bedeutung für die gesellschaftliche Integration. Bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund sind hierbei besonders große Übergangsschwierigkeiten zu erkennen. Dies gilt allerdings nicht nur für die Berufsausbildung, sondern spiegelt sich auch in deutlich schwächeren Abschlüssen in allen Phasen der Schulausbildung wider und reicht bis ins Erwachsenenalter, in dem niedrige Erwerbstätigenquoten und hohe Abhängigkeiten von Transferleistungen zu verzeichnen sind. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass die Situation differenzierter analysiert werden muss. Die Unterschiede zwischen den Migrantengruppen nach Herkunft sind nämlich größer als die zwischen der Gesamtheit der Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Der Integrationsbeirat der Hessischen Landesregierung hat sich in den vergangenen Monaten mit dieser Frage insbesondere im Blick auf die Ausbildungssituation der Mädchen mit Zuwanderungshintergrund intensiv beschäftigt und dazu in diesem Sektor tätige Fachinstitutionen und Experten angehört. Diese verweisen in diesem Zusammenhang auf ein im internationalen Vergleich eher bildungsfernes Umfeld eines großen Teils der nach Deutschland zuwandernden Menschen und beschreiben hierbei - neben der oft ungünstigen Ausgangssituation schlechterer Schulabschlüsse - die beispielhaft nachfolgend genannten Probleme:

- Gute schulische Leistungen werden durch fehlende Sprachpraxis in der Familie erschwert.
- Im Hinblick auf den hiesigen Arbeitsmarkt fehlt oft eine zielgerichtete Beratung der Eltern in Ausbildungsfragen.
- Bei der Lebensplanung besteht allgemein ein großes Mitspracherecht/Kontrolle der Familie.
- Jugendliche (insbesondere Mädchen und Frauen) sind häufig eng in familiäre Verpflichtungen eingebunden, werden intensiv an häuslichen Aufgaben beteiligt.
- Die sich aus der Ausbildung ergebenden Belastungen sind den Familien häufig nicht bewusst.

Um die Situation nachhaltig zu verbessern, haben sowohl das Land Hessen als auch der Bund und die Kommunen in den letzten Jahren bereits vielfältig-

ge Maßnahmen und Projekte eingeleitet, die im Rahmen der nachfolgenden Fragen jeweils dargestellt werden. Vor allem aber hat die Landesregierung intensiv an den Vorbedingungen dieser Situation angesetzt und erhebliche Anstrengungen im Erziehungs- und Bildungsbereich mit dem Ziel unternommen, die Chancen junger Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern. Dies beginnt mit Sprachförderung in Kindergarten, Vorschule und Schule, für die jährlich rund 50 Mio. € aufgewandt werden, und setzt sich fort in vielen Maßnahmen zur Verbesserung der schulischen Ausbildung. So hat sich der Anteil der Hauptschulabgänger ohne Schulabschluss in Hessen seit 1999 mit 22,3 v.H. auf jetzt 13,7 v.H. verringert.

Im Hinblick auf die verwendeten statistischen Daten ist auf den gegenwärtigen Paradigmenwechsel - von einer rein ausländerorientierten Betrachtung zur Erfassung des Migrationshintergrundes - hinzuweisen. Die genannten Analysen zu ausländischen Auszubildenden im Berufsbildungsbericht 2006 beruhen im Wesentlichen auf den Daten der Berufsbildungsstatistik des Statistischen Bundesamtes vom 31. Dezember 2004. Diese erfasst lediglich die Staatsangehörigkeit, nicht jedoch den Migrationshintergrund. Die Ausbildungsbeteiligungs- bzw. Ungelerntenquoten beziehen sich daher auf ausländische Jugendliche und nicht auf Jugendliche mit Migrationshintergrund insgesamt. Nach den Ergebnissen der im Ausbildungsjahr 2004 durchgeführten BA/BiBB-Bewerber-Untersuchung (Bundesagentur für Arbeit/Bundesinstitut für Berufsbildung) haben jedoch bundesweit 20 v.H. der bei der BA gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber einen Migrationshintergrund. Der Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund insgesamt, zu denen auch eingebürgerte Jugendliche mit deutschem Pass und junge Aussiedler zählen, wird daher in der amtlichen Statistik derzeit noch nicht adäquat wiedergegeben.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Wie hoch war der Anteil junger Migranten zwischen 20 und 30 Jahren ohne Berufsausbildung in Hessen in den Jahren 2000 bis 2006?
Bitte nach einzelnen Jahren aufschlüsseln.

Nachfolgende Daten zum Anteil junger Migrantinnen und Migranten ohne Berufsausbildung in Hessen stammen aus dem Mikrozensus 2005. Nach Angaben des Hessischen Statistischen Landesamtes liegen Ergebnisse anderer Jahre nicht bzw. noch nicht vor. Zudem können die gewünschten Angaben lediglich für die Altersgruppen unter 25 Jahren und 25 bis 35 Jahren geliefert werden.

Personen mit Migrationshintergrund ohne beruflichen Bildungsabschluss (ausgenommen die, die sich noch in Ausbildung befinden)	in Tsd.	Anteil an allen Personen mit Migrationshintergrund in der Altersgruppe
unter 25 Jahren	174.700	34,36 v.H.
25 bis 35 Jahre	95.900	42,08 v.H.

Frage 2. Wie beurteilt die Landesregierung die Situation junger Migranten in Hessen?

Für junge Migrantinnen und Migranten, die im Anschluss an die allgemein bildende Schule seltener als junge Menschen ohne Migrationshintergrund über eine Studienberechtigung verfügen (nur circa 10 v.H. erreichen das Abitur), ist eine qualifizierte Berufsausbildung die erste Grundlage für berufliche Eingliederung und damit für ein eigenverantwortliches, von Sozialleistungen unabhängiges Leben. Eine qualifizierte Berufsausbildung hat damit einen bedeutenden Stellenwert für den Erfolg des Integrationsprozesses von Migrantinnen und Migranten.

Während von den deutschen Schulabgängern noch zwei Drittel (66,9 v.H.) eine duale Berufsausbildung aufnehmen, ist es bei den ausländischen Schulabgängern (Die Erhebung nach Migrationshintergrund ist erst seit 2005 möglich. Deshalb kann hier nur nach Staatsangehörigkeit differenziert werden.) nur noch etwas mehr als ein Drittel (36,3 v.H., niedrigster Wert seit 1987).

Jeder vierte Bewerber mit Migrationshintergrund mündet in Bildungsgänge des "Übergangssystems", d.h. in schulischer oder beruflicher Grundbildung ein, die nicht zu einem Berufsabschluss führen. Die BA-BiBB-Bewerberbefragung hat jedoch ergeben, dass dadurch ihre Aussicht auf eine abschlussbezogene berufliche Qualifizierung nicht deutlich erhöht werden kann, vielmehr sehen sie sich aufgrund mangelnder Perspektiven zum wiederholten Besuch dieser Grundbil-

dungsgänge gezwungen, die häufig zur Verfestigung des Übergangstatus beitragen.

Daten des Statistischen Bundesamtes belegen darüber hinaus, dass junge ausländische Frauen - obwohl sie im Vergleich zu ausländischen Männern über bessere Schulabschlüsse verfügen - oft ohne anerkannten Berufsabschluss bleiben. Es ist allerdings auch zu erkennen, dass bei diesem Personenkreis ein sehr enges Berufswahlspektrum (Konzentration auf sehr wenige Berufe mit oftmals vergleichsweise ungünstigen Arbeitsbedingungen und geringen Verdienstmöglichkeiten) vorherrscht.

Frage 3. Welche Maßnahmen gedenkt die Landesregierung zu ergreifen, um den weiteren Anstieg der Zahl junger Ausländer ohne abgeschlossene Berufsausbildung zu verhindern?

Durch eine Vielzahl von Aktivitäten und Projekten zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze werden die Chancen und Möglichkeiten von Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf einen Ausbildungsplatz verbessert. Grundsätzlich stehen natürlich alle Programme, Projekte und Maßnahmen zur beruflichen Bildung Migrantinnen und Migranten offen.

Das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung fördert mit dem Programm "Lokales Kapital für soziale Zwecke" seit 2000 aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds die Stärkung der Integration von Migrantinnen und Migranten in das Wirtschaftsleben insbesondere in den Bereichen berufliche Aus- und Weiterbildung, Erleichterung dauerhafter Beschäftigung und Stärkung der Integration am Ausbildungs- und Arbeitsplatz. Seit 2000 bis 2006 wurden bereits ca. 108 Projekte initiiert, die aus Einzelaktionen, Öffentlichkeitsarbeit, Diskussionsforen, Schulungen, Beratungen etc. bestanden. In 2007 werden eine Reihe weiterer Projekte umgesetzt. Insgesamt stehen für die Umsetzung dieser Maßnahmen ca. 1,2 Mio. € ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds) zur Verfügung. Gewünscht sind insbesondere innovative Ansätze und Maßnahmen zur Förderung ausländischer Frauen und Mädchen bzw. Aussiedlerinnen, bei denen der Integrationsgedanke klar ersichtlich ist.

Das Hessische Sozialministerium fördert im Rahmen der Ausbildungs- und Ausbildungsvorbereitungsprogramme auch junge Menschen mit Migrationshintergrund.

Mit dem Landesprogramm "Ausbildung in der Migration" hat Hessen als erstes Bundesland ein speziell auf junge Menschen mit Migrationshintergrund zugeschnittenes Programm geschaffen, das Ausbildungsstellenbewerbern ohne Chance auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz, die auch nicht von den Agenturen für Arbeit in "Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE)" aufgenommen werden, die Möglichkeit einer außerbetrieblichen Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf eröffnet. Im neuen Programmstart 2007 werden voraussichtlich mit rund 7,4 Mio. € (Landes- und ESF-Mittel) 200 Ausbildungsplätze bei 25 Projektträgern bis zum voraussichtlichen Abschluss der Ausbildungen im Jahr 2011 gefördert.

Noch nicht ausbildungsreifen jungen Menschen mit multiplen Problemlagen (zu denen oft ein Migrationshintergrund zählt) helfen die Landesprogramme "Qualifizierung und Beschäftigung junger Menschen" und "Qualifizierung und Beschäftigung für Mädchen", in Jugendwerkstätten Schlüsselqualifikationen und Sprachkompetenz sowie erste Qualifizierungsbausteine für anerkannte Ausbildungsberufe zu erwerben. Im Programm 2007 werden mit rund 7,4 Mio. € (Landes- und ESF-Mittel) 989 Plätze gefördert.

Für schulmüde und schulverweigernde junge Menschen gibt es das Landesprogramm "Fit für Ausbildung und Beruf (FAUB)" als Alternative zum 10. Pflichtschuljahr mit vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit Migrationshintergrund. Im neuen Programm 2007/2008 werden mit rund 4,5 Mio. € (Landes- und ESF-Mittel) voraussichtlich 649 Plätze gefördert.

In dem Landesprogramm "Betriebliche Ausbildung Alleinerziehender" werden junge Alleinerziehende (davon viele mit Migrationshintergrund) während ihrer Ausbildung von qualifizierten Trägern sozialpädagogisch begleitet. Die geförderten Träger sprechen die ausbildungswilligen, alleinerziehenden Mütter und Väter an, akquirieren die betrieblichen Ausbildungsplätze, helfen bei der Vorbereitung der Ausbildung, der Organisation der Kinderbetreuung und auch bei der Organisation der Ausbildung in Teilzeitform.

Im neuen Programmstart 2007 können rund 166 Ausbildungsplätze in nahezu allen hessischen Regionen gefördert werden. Das Volumen dieses Programms beträgt (einschließlich Verpflichtungsermächtigungen bis 2011) 2,9 Mio. € (Landes- und ESF-Mittel).

Mit dem Landesprogramm "Ausbildung statt Arbeitslosengeld II (AstA)" sollen zusätzliche außerbetriebliche Ausbildungsplätze für junge Leistungsempfängerinnen und -empfänger nach SGB II (auch mit Migrationshintergrund) geschaffen werden, die keine Chance auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz haben. Gefördert werden Jugendliche, die keine abgeschlossene Berufsausbildung und das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, wenn zum erfolgreichen Abschluss einer Ausbildung Hilfen in solchem Umfang notwendig sind, dass sie auf dem betrieblichen Ausbildungsstellenmarkt nicht vermittelt werden können. Im neuen Programmstart 2007 werden mit rund 6,1 Mio. € Landesmittel 273 Ausbildungsplätze in allen 26 hessischen Landkreisen und kreisfreien Städte bis zum voraussichtlichen Abschluss der Ausbildungen im Jahr 2011 gefördert.

Mit dem Landesprogramm "Ausbildungskostenzuschüsse (AKZ) für Lern- und Leistungsbeeinträchtigte" erhalten geeignete Betriebe, Verwaltungen und sonstige Ausbildungseinrichtungen, die ein betriebliches Ausbildungsverhältnis mit lern- und leistungsbeeinträchtigten Jugendlichen (im Vorfeld einer anerkannten Behinderung) schließen, aufgrund des notwendigen intensiven Betreuungsbedarfs Zuschüsse zu den Ausbildungskosten. Auch hierbei handelt es sich oft um Jugendliche mit Migrationshintergrund. Ein solcher Ausbildungsplatz muss unter Aufrechterhaltung des durchschnittlichen Ausbildungsplatzbestandes der beiden vorangegangenen Jahre bereitgestellt werden. Die Zahl der Bewilligungen hängt ab von der Zahl der eingegangenen Anträge. Für das Programm stehen 2007 rund 2,1 Mio. € zur Verfügung.

Angesichts des tief greifenden Strukturwandels der Wirtschaft werden in Zukunft nur noch solche Erwerbspersonen gute Arbeitsmarktchancen haben, die über einen oder mehrere formale Berufsabschlüsse verfügen und diese durch Fort- und Weiterbildung laufend ergänzen und erweitern. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass das Bildungsniveau insbesondere von jungen Migranten zu erhöhen ist. Grundlegend dafür ist die frühzeitige Förderung des Erwerbs der deutschen Sprache. Denn die Sprache ist Voraussetzung für den Schulerfolg und damit für die berufliche und gesellschaftliche Integration. Neben den o.g. Programmen bzw. Projekte, die junge Migranten direkt im Hinblick auf eine Ausbildung fördern, stellt die Hessische Landesregierung auch Programme für Migranten im Kindergartenalter zur Verfügung.

2002 wurde daher das erfolgreiche Landesprogramm zur Unterstützung des Erwerbs der deutschen Sprache bei Kindern im Kindergartenalter ohne ausreichende Deutschkenntnisse (in der Regel Kinder mit Migrationshintergrund) ins Leben gerufen und damit - gemeinsam mit den Vorlaufkursen des Hessischen Kultusministeriums - der landesweite Aufbau von vorschulischen Sprachförderangeboten in Hessen angestoßen. In den Jahren 2002 bis 2007 wurden über 14,9 Mio. € an Haushaltsmitteln bereitgestellt, mit denen weit über 50.000 Kinder/Plätze und über 13.000 Erzieher/innen erreicht werden konnten. Allein für 2007 stehen wie in den beiden vorangegangenen Jahren 3,255 Mio. € zur Verfügung.

Auch im Rahmen des Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von 0 bis 10 Jahren sind die Sprachförderung und die interkulturelle Erziehung besondere Schwerpunkte.

Das BAMBINI-Programm - welches durch die Freistellung von Kindergartengebühren für den Besuch des letzten Kindergartenjahres vor der Einschulung ebenfalls Eltern von Kindern mit Migrationshintergrund anspricht - ermöglicht in Verbindung mit den Vorlaufkursen für Sprachförderung ebenfalls, dass die Kinder bei Schulbeginn über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen. Darüber hinaus werden Kindergärten, altersübergreifende Gruppen sowie Horte mit hohem Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund finanziell gefördert.

Frage 4. Wie beurteilt die Landesregierung die gesellschaftlichen Auswirkungen der hohen Anzahl junger Migranten ohne Berufsausbildung?

Durch die Schwierigkeiten beim Übergang in eine qualifizierte Berufsausbildung und eine nachfolgende Erwerbstätigkeit können sich auch Probleme bei

der gesellschaftlichen Integration der betroffenen Menschen im Allgemeinen ergeben. Aus diesem Grund beabsichtigt die Landesregierung durch ihre zahlreichen Maßnahmen eine deutliche Verbesserung der Situation herbeizuführen.

Frage 5. Welche konkreten Konzepte der Landesregierung für die Verbesserung der Ausbildungssituation von Migrantinnen und Migranten in Hessen gibt es?

Auf die in der Antwort zu Frage 3 genannten Ausbildungs- und Ausbildungsvorbereitungsprogramme, die die Verbesserung der Ausbildungssituation auch von Migrantinnen und Migranten zum Ziel haben, wird verwiesen.

Besonders herausragende Projekte, die sich gezielt an diese Zielgruppe wenden, sind zudem:

- "Internationale Unternehmen bilden aus - IUBA"
Laufzeit 1.10.2004 bis 30.06.2008
Ausbildungsberater/innen der IHKs Frankfurt, Gießen-Friedberg, Offenbach, Darmstadt, Hanau und Kassel akquirieren Ausbildungsplätze in von Migrantinnen und Migranten und internationalen Unternehmern geführten Betrieben und unterstützen sie bei der Einrichtung neuer Lehrstellen.
Zuwendung: 1.045.500 € davon Landesmittel 366.300 €, ESF 679.200 €. Die Verlängerung der Projektlaufzeit bis zum 30. Juni 2008 wird derzeit bearbeitet.
- Vorläuferprojekt: "Integration durch Ausbildung: Internationale Unternehmen bilden aus - IDA"
Laufzeit 1.10.2001 bis 30.09.2004.
Wegen des Erfolges von IDA wurde das zweite Projekt IUBA entwickelt. Zuwendung: 452.056 € davon Landesmittel 114.122 €, ESF 337.934 €. Insgesamt wurden in beiden Projekten in den letzten 5 Jahren 2.000 Ausbildungsplätze geschaffen.
- "Mentoring für Ausbilder/innen in erstausbildenden Unternehmen mit internationaler Unternehmensführung - MAI"
Laufzeit: 1.6.2006 bis 30.6.2008
Unterstützung von erstausbildenden Kleinbetrieben mit internationaler Unternehmensführung, die im Kontext der Projekte IDA und IUBA akquiriert wurden, um Ausbildungsplätze nachhaltig zu gewinnen und zu sichern.
Zuwendung: 461.500 €, davon Landesmittel 179.800 €, ESF 281.700 €.

Im Projekt "Ausbildung 2 - Nutzung von Ausbildungskapazitäten zur Erweiterung des Ausbildungsangebotes in der Region" von VW Coaching GmbH, Baunatal wurden zur besseren Förderung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ein Sprachkurs sowie sozialpädagogische Begleitung eingerichtet.

Wiesbaden, 16. Oktober 2007

Silke Lautenschläger